

2402. Fraktion DIE LINKE**Abgeordneter Torsten Krause**- Möglicher Abriss des Mahnmals „Zweiter Weltkrieg“ in Drögen -

Das Mahnmal in Drögen stellt den Verlauf der Kämpfe zwischen der Roten Armee und den Truppen des nationalsozialistischen Deutschlands dar. Es zeigt den langen Weg, den viele Soldaten zurücklegen mussten, um Deutschland vom Hitler-Faschismus zu befreien. Und es erinnert an entscheidende Kämpfe, in denen hunderte und tausende Menschen ihr Leben ließen, um uns den Frieden zu bringen.

Dem Geschäftsführer der BBG erscheint es möglich, das Denkmal in Drögen abzureißen, da ein potenzieller Käufer Interesse an der Liegenschaft geäußert hat.

Ich frage die Landesregierung: Wie verhält sie sich zu dem Vorhaben, das Denkmal in Drögen abzureißen, um das Grundstück zu veräußern?

2403. Fraktion der SPD**Abgeordnete Dr. Esther Schröder**- Finanzierungssaldo Brandenburg -

Die aktuelle Finanzkrise stellt die öffentlichen Haushalte vor neue Herausforderungen. Die 16 Bundesländer haben in den ersten vier Monaten des Jahres insgesamt 17,5 Mrd. Euro mehr ausgegeben, als sie eingenommen haben. Damit war das Finanzierungsdefizit der Länder Ende April 12,5 Mrd. Euro größer als vor einem Jahr. Brandenburg verzeichnete im I. Quartal 2009 einen negativen Finanzierungssaldo i. H. v. 87,3 Mio. Euro.

Ich frage daher die Landesregierung: Wie haben sich im ersten Halbjahr 2009 die Einnahmen und Ausgaben des Landes Brandenburg, insbesondere der negative Finanzierungssaldo (Stichtag 30.06.2009), weiter entwickelt?

2404. Fraktion DIE LINKE**Abgeordnete Kornelia Wehlan**- Umsetzung von Lehrkräften -

Die Eltern- und Schülervertretung des Friedrich-Gymnasiums Luckenwalde hat sich gegen die Umsetzung von sechs Lehrkräften ausgesprochen und den Bildungsausschuss des Landtages um Unterstützung in der Sache gebeten. Sie plädiert dafür, trotz der sinkenden Schülerzahlen die Lehrkräfte an der Schule zu belassen und sie zu nutzen, um die Klassen zu verkleinern und die Qualität des Unterrichts zu erhöhen.

Außerdem wendet sich die Vertretung der Eltern und Schüler gegen die Umsetzung der vorgesehenen Lehrkräfte, ohne dass der Schulleiter ein Mitspracherecht hat und gegen die Kriterien, die vonseiten des Schulamtes der Umsetzung zu Grunde gelegt werden und wo Leistungsaspekte nicht die erste Rolle spielen.

Ich frage die Landesregierung: Wie bewertet sie die in der Stellungnahme der Eltern- und Schülervertretung aufgeworfenen Fragen, vor allem im Sinne einer positiven Problemlösung?



LAND BRANDENBURG

Ministerium für Bildung,
Jugend und Sport

Der Minister

Ministerium für Bildung, Jugend und Sport | Heinrich-Mann-Allee 107 | 14473 Potsdam

Landtag Brandenburg
Frau Abgeordnete Kornelia Wehlan
Fraktion DIE LINKE
Am Havelblick 8

14473 Potsdam

nachrichtlich:
Präsidenten des
Landtages Brandenburg
Herrn Gunter Fritsch
Am Havelblick 8

14473 Potsdam

Heinrich-Mann-Allee 107
14473 Potsdam

Hausruf: (0331) 866 - 35 00
Fax: (0331) 866 - 35 07
Zentrale: (0331) 866 - 0
Internet: www.mbjs.brandenburg.de
holger.rupprecht@mbjs.brandenburg.de

Potsdam, 1. Juli 2009

Mündliche Anfrage Nr. 2404 an die Landesregierung
87. Sitzung des Landtages am 01. Juli 2009

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,

der demographisch bedingte dramatische Schülerzahlenrückgang hat die gymnasialen Oberstufen unserer weiterführenden Schulen erreicht. Auch das Friedrich-Gymnasium Luckenwalde ist davon betroffen. So wird sich die Schülerzahl in den 11. Klassen zum nächsten Schuljahr um die erhebliche Zahl von ca. 85 Schülerinnen und Schüler verringern. Da sich die Zuweisung der Lehrerstellen an der Schülerzahl orientiert, sinkt der Bedarf um ca. 150 Lehrerwochenstunden, was je nach Beschäftigungsumfang 6-7 Lehrerstellen entspricht. Ohne dass sich also die schülerzahlenbezogene Ausstattung des Gymnasiums verschlechtert, muss eine entsprechende Zahl an Lehrkräften an andere Schulen umgesetzt werden.

Es ist nachvollziehbar, dass sich Eltern- und Schülervertretung des Friedrich-Gymnasiums dafür einsetzen, dass die Lehrkräfte an ihrer Schule bleiben können und natürlich ergäbe sich aus dem Verbleib auch die Möglichkeit, an der Schule kleinere Klassen einzurichten. Das zuständige Staatliche Schulamt Wünsdorf kann bei seiner Planung aber nicht nur die Belange einer einzelnen Schule berücksichtigen. Die zur Verfügung stehenden Ressourcen müssen gleichmäßig über alle Schulen verteilt werden, so dass sie auch allen Schülerinnen und Schüler zu Gute kommen.

Der zweite Kritikpunkt betrifft die Auswahlentscheidung durch das staatliche Schulamt. Entgegen der Annahme der Eltern- und Schülervertretung des Friedrich-Gymnasiums ist die Auswahl der umzusetzenden Lehrkräfte nach einem festgelegten, stufenförmigen Verfahren erfolgt. Unter Berücksichtigung der geplanten Klassen- und Kursbildung wurde vom Schulleiter zunächst der sog. Fachüberhang (nach Fächerkombinationen) ermittelt und dem staatlichen Schulamt benannt. In einem zweiten Schritt wurden die aufgrund ihrer Fächerkombination für eine Umsetzung in Frage kommenden Lehrkräfte ermittelt. In den Fällen, in denen mehrere Lehrkräfte für eine Umsetzung in Frage kamen, wurden bei der Entscheidung dann auch soziale Belange berücksichtigt. Dies war bei 4 Fächerkombinationen der Fall. Der Schulleiter war in den Prozess von Anfang an einbezogen, bzw. die Schule und das Lehrerkollegium waren aufgrund des bekannten Schülerzahlenrückgangs frühzeitig über die grundsätzlichen Umsetzungsnotwendigkeiten informiert.

Insgesamt ist anzumerken, dass die Verfahrensweise des staatlichen Schulamtes bei der Planung des neuen Schuljahres nicht zu beanstanden ist. Die Umsetzung einer entsprechenden Anzahl an Lehrkräften ist nicht zu vermeiden. Auch in Folge der Diskussion im Bildungsausschuss am vergangenen Dienstag wird das Staatliche Schulamt Wünsdorf aber nochmals prüfen, ob in Einzelfällen anderweitige Personalentscheidungen notwendig und möglich sind.

Mit freundlichen Grüßen



Holger Rupprecht